

Ausbau des Schweizer Sozialstaats

# Wohlstandsinsel mit Vollkasko-Bedarf



HANSUELI SCHÖCHLI

Wachstum über alles. Das erscheint nicht als populäres Anliegen in diesem Schweizer Politikjahr, das angeblich im Zeichen des Umweltschutzes stand. Dennoch ist der Ruf nach Wachstum laut – wenn es um den Sozialstaat geht. Die angedachten und geforderten Wachstumsschritte sind bemerkenswert. Diesen Donnerstag zum Beispiel befindet der Ständerat über die vorgeschlagene Einführung einer Sonderrente für ausgesteuerte Arbeitslose ab Alter 60. Ernährung, Kleidung, Wohnung, Gesundheitsleistungen und auch der Zugang zum Internet wären für Betroffene auch ohne die neue Wohltat weiter möglich, aber der dafür vielleicht nötige Gang zur Sozialhilfe wäre den Betroffenen offenbar nicht zuzumuten.

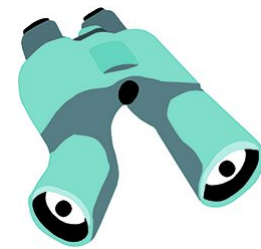
Unzumutbar ist es allem Anschein nach auch, dass eine Altersrente in der beruflichen Vorsorge nominal sinkt – obwohl die Kaufkraft der Renten heute viel höher ist als ursprünglich vorgesehen, die Renten weit länger fließen als früher und

viele Rentner finanziell sehr gut dastehen. Der Bundesrat wird voraussichtlich diesen Freitag einen Vorschlag bringen, der für manche ältere Gutsituierte sogar noch eine Rentenerhöhung zulasten der Folgegenerationen bewirkt. Weniger Luxus darf offenbar nicht sein. Unzumutbar ist es gemäss dem Zeitgeist auch, dass ein frischgebackener Vater nach der Geburt seines Kindes einige Wochen von seinem Ferienkonto nimmt. Deshalb muss ein staatlicher Vaterschaftsurlaub her. Das Parlament hat die Sache im September beschlossen; die Vorlage hat auch in einer möglichen Referendumsabstimmung gute Chancen. Mehrheiten in beiden Parlamentskammern erhielt jüngst auch der Vorschlag zur Einführung eines Betreuungsurlaubs zur Pflege von Familienangehörigen. Und weitere Ausbauforderungen sind oft zu hören – von einem langen Elternurlaub über eine Erhöhung aller AHV-Renten bis zu einer noch stärkeren Verbilligung der Krankenkassenprämien.

Der Ausbautrend hat vier Haupttreiber. Da ist zunächst der Anstieg des Wohlstands. Dieser Anstieg macht uns nicht unbedingt glücklicher, aber er macht uns ängstlicher: Wer viel hat wie die Schweizer, hat viel zu verlieren. Vollkaskoversicherungen kommen da wie gerufen.

Der zweite Treiber ist die Alterung der Gesellschaft, die den Anstieg von Sozialkosten und die Nachfrage nach Vollkaskolösungen fördert. Der dritte Treiber ist die politische Linke, für welche die Stärkung der Staatsrolle, die Schwächung der Selbstverantwortung und der Ausbau der Umverteilung ein permanentes Kernanliegen darstellen. Der vierte Treiber sind bürgerliche Politiker, die sich dem Zeitgeist beugen und hoffen, mit sozialstaatlichen Wohltaten die Akzeptanz für eine marktwirtschaftliche Grundordnung und speziell für die Personenfreizügigkeit Schweiz - EU zu retten.

In der Ausmarchung um gleich viel oder mehr Sozialstaat (von weniger redet kaum jemand) gibt es im Grundsatz kein «richtig» oder «falsch», sondern nur unterschiedliche Wertvorstellungen. Ab einem gewissen Niveau sind Ausbauschritte auch jenseits von Franken und Rappen nicht kostenfrei zu haben. Der schleichende Niedergang der Selbstverantwortung macht uns träge. Der Trend verstärkt unsere Neigung, zu vergessen, woher der Wohlstand kommt – von Arbeit, Investitionen und Innovation und nicht vom Christkind. Zu erinnern ist auch an ein eisernes Gesetz der Sozialpolitik: Ist ein Ausbau einmal beschlossen, bringt man ihn fast nicht mehr weg.



SEITENBLICK

## Zentralbanken: der Gott, der keiner sein dürfte

Von MILOSZ MATUSCHEK

Neulich entdeckte ich bei einem Vorweihnachtsbummel in der Zürcher Innenstadt eine «vegane» Wollmütze. Ja, wirklich: nicht nur bio, grün, rezyklierbar, mit null Prozent Emission hergestellt oder Fair Trade – sondern vegan. Auf Nachfrage nach dem Material dann die Überraschung: Die Mütze ist aus Acryl, einer chemisch hergestellten, biologisch nicht abbaubaren Kunstfaser. Ich soll mir ein «veganes» Stück Plastik auf den Kopf setzen und mich dabei naturverbunden fühlen.

Greenwashing ist der Trend der Stunde. Alles wird nun grün angemalt, um es zu verkaufen, egal ob Mützen oder die Politik. Der «Green New Deal», ein auf Kredit finanziertes, gewaltiges grünes Investitionsprogramm, wird als Rettung vor der Klima-Apokalypse verkauft. Unter dem grünen Schutzmantelchen trommeln neben Alexandria Ocasio-Cortez, Naomi Klein, Charles Taylor und Jeremy Rifkin nun auch die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank für die Weltrettung. Das Europäische Parlament hat bereits den Klimanotstand ausgerufen.

Im Fall der EZB bedeutet dieser grüne Schwenk endgültig die Erhebung in den Stand einer säkularen Gottheit. Zentralbanken sind die einzige Institution, die (wie Gott) etwas aus dem Nichts schaffen können – nämlich Geld –, sie geben mit ihrer Geldpolitik derzeit denen, die schon hatten (nämlich Aktien und Immobilien), und bald könnten sie mit Helikoptergeld das Manna vom Himmel regnen lassen. Gott ist nicht tot – sie ist Zentralbankerin und rettet nun mit ihrer Geldpolitik auch noch die Welt. Steht uns eine Ökodiktatur bevor? Wenn die Gelddruckmaschine grün wird, ist das nichts weiter als eine Querfron aus Geldsozialismus und Ökosozialismus – und damit eine Machtkonzentration ungeahnten Ausmasses. Zentralbanken agieren wie feudale, gottinspirierte Fürsten, welche ihre Vasallen (Geschäftsbanken und zunehmend auch Sparer) zu Tributen verpflichten.

Doch wen kümmert schon das begrenzte Mandat aus den europäischen Verträgen, wenn man in der anderen Hand die Bibel hat? Zentralbanken nehmen die Sehnsucht nach einer Messiasfigur auf, nach einem Retter, der alle unsere Sünden übernimmt. Konsumismus und politische Passivität sind das heutige Gegenstück zu Völlerei und Faulheit. Der Machtzuwachs der Zentralbanken verhält sich proportional zur Unfähigkeit der Politik, also letztlich von uns, schmerzhaft Reformen durchzuführen. Doch die Rechnung kann am Ende nicht einfach an eine Institution weitergegeben werden. Am Ende bezahlen wir alle sie durch den Wertverlust des Geldes.

Es ist deshalb im Grunde kein Wunder, dass sich Bitcoin in den letzten zehn Jahren nicht nur zu einer eigenen Vermögensklasse, sondern auch zu einer häretischen Bewegung des Fiat-Geldsystems entwickelt hat. Der Wertzuwachs des Bitcoin ist ein Barometer des Vertrauensverlusts gegenüber der Geldpolitik der Zentralbanken. Und selbst Banken fallen inzwischen vom Glauben ab. Die Deutsche Bank veröffentlichte kürzlich einen Forschungsbericht, wonach das Fiat-Geld schon in zehn Jahren vollständig durch Kryptogeld ersetzt sein könnte. Der Nobelpreisträger Robert Shiller lobt Bitcoin in seinem neuesten Buch als Beispiel für ein besonders erfolgreiches Narrativ. Erstmals regelt der Bürger das Thema Geld selbst, quasi als «homo faber monetarius».

Ja, Bitcoin mag für viele eine spekulative Wette sein. Doch das ist die grüne Geldpolitik auch. Und zwar darauf, dass das Geldsystem später kollabiert als das Klima. Grüne Geldpolitik ist genauso Fake wie eine vegane Mütze aus Acryl.

Milosz Matuschek ist stellvertretender Chefredaktor des «Schweizer Monats». Zuletzt veröffentlichte er «Kryptopia» und «Generation Chillstand».

Literaturnobelpreis für Peter Handke

# Der ferne Balkan



VOLKER PABST

Ein Jahr bevor der jugoslawische Dichter und frühere Diplomat Ivo Andric den Literaturnobelpreis verliehen bekam, verriess Marcel Reich-Ranicki dessen «Brücke über die Drina». Der Roman sei letztlich die Chronik einer Brücke in einer kleinen Stadt im Osten Bosniens. «Was kümmert uns Wischegrad?», urteilte der Literaturkritiker damals streng und bewusst provokativ.

Mit der Debatte um den diesjährigen Literaturnobelpreis, der am Dienstag dem österreichischen Schriftsteller Peter Handke verliehen wird, hat Reich-Ranickis Kritik von 1960 nichts zu tun. Die rhetorische Frage, was uns die ostbosnische Stadt von Andrics Jugend und damit die Region als Ganzes angehe, aber sehr viel. Seit Wochen diskutiert man in hiesigen Feuilletons, ob Handkes Relativierung der serbischen Kriegsverbrechen und die damit einhergehende Verhöhnung der Opfer den Schriftsteller für diese höchste Auszeichnung seiner Zunft disqualifizierten.

Oder ist der unbestrittene künstlerische Wert seines Werks eben doch höher zu gewichten?

Dass diese öffentliche Güterabwägung überhaupt möglich ist, zeigt, wie wenig prominent der Ort ist, den diese Ereignisse in der kollektiven Erinnerung belegen. Obwohl erst ein Vierteljahrhundert zurückliegend, unweit der Schweiz oder Deutschlands geschehen sowie akademisch und juristisch bestens aufgearbeitet, sind der Völkermord von Srebrenica oder die Belagerung von Sarajevo kaum noch präsent. Dass es auch in Visegrad ein Massaker gab, wissen sowieso nur Experten. Und was war noch gleich in Vukovar?

Vor Ort, aber auch in der Diaspora, sorgt das für Konsternation. Die verbreitete Frustration ist umso grösser, als dem Balkan auch jenseits literarischer und historischer Debatten kein auf richtiges Interesse mehr zuteilwird. Der Balkanismus, wie die Historikerin Maria Todorowa die von Stigmata und Stereotypen geprägte Sonderrolle für die Region nennt, lebt fort – und erfährt sogar eine Renaissance.

Am deutlichsten wird das mit Blick auf die völlig unklare europäische Perspektive der sechs Balkanstaaten, die noch nicht Teil der EU, aber längst von dieser umschlossen sind. In Kosovo hat man alle Vorgaben für das freie Reisen im Schengenraum erfüllt, dennoch ist die Aufhebung

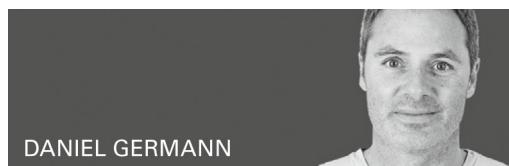
der Visumpflicht nicht in Sicht. Albanien und vor allem Nordmazedonien haben schmerzhaft Reformen durchgeführt, um endlich Beitrittsgespräche mit der EU aufnehmen zu können. Der französische Präsident Macron legte trotzdem sein Veto dagegen ein.

Für eine Reform des Beitrittsprozesses gibt es zwar gute Gründe. Eine kategorische Balkanpolitik ohne fundierte Kenntnisse der Region ist aber in jedem Fall stossend. Macrons Äusserungen gegenüber dem «Economist» zu Bosnien als Europas grösstem islamistischem Gefahrenherd entbehren jeglicher Grundlage. In Serbien, Montenegro und Albanien, wo es in diesem Jahr grosse Proteste gab, sind die Anhänger rechtsstaatlicher Reformen frustriert. Denn die EU zieht einem ernsthaften Engagement die oberflächliche Zusammenarbeit mit den autokratischen Regierungen vor, solange diese Stabilität versprechen. Für Europas angebliches Pulverfass, so das verheerende Signal, sind Grundwerte wie Rechtsstaat und Demokratie zweitrangig.

Das ist nicht nur unfair, sondern auch kurzfristig. Nicht primär, weil sich die Staaten nun vermehrt Moskau oder Ankara zuwenden könnten. Sondern, weil der Balkan, so fern er auch manchen Westeuropäern scheinen mag, mitten in Europa liegt. Natürlich geht uns Visegrad etwas an.

Welt-Anti-Doping-Agentur schliesst Russland für vier Jahre aus

# Im Kampf gegen Doping überfordert



DANIEL GERMANN

Russland und seine Sportler sollen für die nächsten vier Jahre von allen internationalen Anlässen inklusive der Olympischen Sommerspiele im kommenden Jahr in Tokio und der Fussball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar ausgeschlossen werden. Überdies soll Russland vier Jahre lang nicht Gastgeber von internationalen Sportveranstaltungen sein dürfen. Das entschied die Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) am Montag in Lausanne. Die Wada-Exekutive folgte damit der Empfehlung ihrer Compliance-Kommission, die zum Schluss kam, dass in Russland weiterhin systematisch und vom Staat unterstützt gedopt wird.

So weit, so schlecht. Doch was auf den ersten Blick wie ein entschiedenes Durchgreifen der Sportwelt gegen eines ihrer renitentesten Mitglieder klingt, ist bei genauerem Hinsehen nicht viel mehr als ein Papiertiger. Russland war aus demselben Grund bereits vor zwei Jahren von den Olympischen Spielen in Pyeongchang ausge-

schlossen. Trotzdem nahmen unter der Bezeichnung «Olympische Athleten von Russland» 168 russische Sportler an den Spielen teil und gewannen 17 Medaillen, darunter die in Russland besonders wichtige im Eishockey der Männer.

Machen wir uns nichts vor. Unabhängig davon, was in den kommenden Wochen und Monaten noch diskutiert werden wird: Die russischen Athleten werden in Tokio um Olympiamedaillen kämpfen. Die russischen Fussballer werden an der Euro im kommenden Sommer teilnehmen. Die russische Stadt Sankt Petersburg wird Schauplatz von drei Vorrundenspielen und einem Viertelfinal sein. Die Wada hat den Russen genügend Hintertüren offengelassen, um die Sanktion zu umgehen und das Gesicht zu wahren.

Russland ist nicht nur politisch ein globaler Player, sondern auch im Sport eine der mächtigsten Nationen der Welt. Der Staatspräsident Wladimir Putin gilt als verlässlicher Partner der führenden Sportverbände. Deshalb genießt er die Unterstützung und den Schutz der massgebenden Funktionäre. Die Fifa stützte ihn vor zwei Jahren vor der Weltmeisterschaft im eigenen Land. Und das Internationale Olympische Komitee stellt sicher, dass der sportliche Burgfrieden vor keine ernsthafte Zerreihsprobe gestellt wird. In einem

Akt von vorauseilendem Gehorsam hat es am Wochenende am «olympischen Gipfel» in Lausanne klargemacht, dass es keinen totalen Ausschluss von russischen Athleten von seinen Spielen dulden wird.

Gedopt wird nicht nur in Russland. Nirgendwo sonst aber wird seit dem Ende des Kalten Krieges derart unverfroren und staatlich unterstützt gedopt wie dort. Eine Zahl verdeutlicht das Ausmass des Betruges: Seit den Spielen 2012 in London wurden 43 russischen Athleten die Medaillen aberkannt, weil sie nachträglich des Dopings überführt wurden. All jene Sportler, die ungeschoren davonkamen, weil ihre positiven Proben vertuscht wurden, sind da nicht eingerechnet.

Das zeigt im Prinzip nur eines: Der internationale Sport und seine Organisationen haben weder den Willen noch die nötigen rechtlichen Mittel, um einen ernsthaften Kampf gegen das Doping zu führen. Der amerikanische Kongress arbeitet derzeit an einem Gesetzesentwurf, der den Einsatz und Vertrieb von Doping zur strafrechtlich relevanten Angelegenheit machen soll. Denn hinter dem Dopingmissbrauch steht meist mehr als nur die Suche nach dem kleinen Vorteil. Er hat zum Teil mafiose Strukturen. Die Sportorganisationen sind damit überfordert.